



Aus dem Plenum

MITEINANDER VON MENSCH UND WOLF

Seit dem erstmaligen Nachweis des Wolfes in Deutschland vor ca. 20 Jahren hat dieser weitere Gebiete in der Bundesrepublik wiederbesiedelt. In Teilen der Bevölkerung sowie bei Weidetierhaltern führt die Etablierung des Wolfes zu Unsicherheiten und Ängsten. Der Wolf ist und bleibt aber eine streng geschützte Art, deren günstigen Erhaltungszustand wir auf Bundesebene endlich definieren müssen.



Zugfahren wird zum Netzen genutzt, für die Region im Einsatz mit den Kollegen Susanne Mittag und Dennis Rohde.

Wir müssen das Zusammenleben mit dem Wolf neu organisieren und dabei die unterschiedlichen Interessen versöhnen. Wir erleben einen deutlichen Anstieg der Wolfspopulation in den letzten zehn Jahren. Es geht uns darum, die Akzeptanz gegenüber dem Wolf zu erhöhen und zeitgleich die Sorgen der Bevölkerung sowie der Weidetierhalter ernst zu nehmen.

Wir wollen mit unserem Antrag auch die Unterstützung der Weidetierhalter verbessern und uns auf Bundesebene weiter für eine Weidetierprämie für Schafe und Ziegen einsetzen. Diese könnte aus der 1. Säule der GAP finanziert werden. Ein Punkt des Antrags sieht vor, dass der Wolf in das Niedersächsische Jagdgesetz aufgenommen

werden soll. Dies ändert jedoch erst einmal nichts an dem strengen Schutzstatus des Wolfes nach Europa- und Bundesrecht. [\(Zum Antrag\)](#)



Mit meinem lieben Kollegen Ulf Prange aus Oldenburg im Plenum: Wesermarsch und Oldenburg an einem Tisch.

ERLEICHTERUNG DER SCHAFFUNG VON WOHNRAUM

Die mit dem Gesetzentwurf beabsichtigte Änderung der Niedersächsischen Bauordnung und das neue Niedersächsische Gesetz zur Erleichterung der Schaffung von Wohnraum sollen den Wohnungsbau in Niedersachsen stärken und somit der Wohnungsnot entgegenwirken. So kann auch ohne die Ausweisung von Neubaugebieten zusätzlicher Wohnraum in bereits erschlossenen Gebieten geschaffen werden. Dies soll ebenso wie weitere Maßnahmen zu einer Reduzierung der Baukosten führen. Zudem soll durch eine Angleichung der niedersächsischen Regelungen an die Musterbauordnung, eine leichtere Transparenz der Regelungen und eine damit einhergehende Vereinfachung der Rechtslage erfolgen.

[\(Zum Antrag\)](#)

REFORM DES SANIERUNGS- UND INSOLVENZRECHTS

Der Landtag nimmt zur Kenntnis, dass die Bundesregierung das Insolvenzrecht umfassend novellie-

Logemanns Logbuch



60/2020

SPD 
LANDTAGSFRAKTION
NIEDERSACHSEN

ren will und weist darauf hin, dass die in dem Gesetzentwurf enthaltenen Änderungen und Ergänzungen sich auch unmittelbar auf die niedersächsische Justiz auswirken. Der Gesetzentwurf will die Länderermächtigung zur Gerichtsorganisation in Insolvenzverfahren im Wesentlichen auf Verbraucherinsolvenzverfahren beschränken, sodass zukünftig 22 der bisher 33 Insolvenzgerichte keine Regelinsolvenzverfahren (Unternehmensinsolvenzen) mehr bearbeiten dürften. Das könnte sich auch auf das Amtsgericht Nordenham auswirken, das Insolvenzgericht für die Wesermarsch ist. Der Landtag bittet die Landesregierung daher, sich dafür einzusetzen, dass die Länder weiterhin die Zuständigkeit und die Standorte der Insolvenzgerichte bestimmen können. [\(Zum Antrag\)](#)

WEITERE THEMEN IM PLENUM

Personalvertretungsrechte ernst nehmen - für mehr Rechte freier Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk
[\(Zum Antrag\)](#)

Nachhaltige Hilfen für die Kultur- und Kreativbranche
[\(Zum Antrag\)](#)

Der Niedersächsische Weg ist beschlossen

Mit dem Niedersächsischen Weg haben wir ein Maßnahmenpaket geschaffen, welches von einer breiten Allianz getragen wird. Dieses Vorhaben verlangt auch der Landwirtschaft viel ab – jedoch konnten wir uns gleichzeitig auch auf realistische Lösungen verständigen, die konsequent umgesetzt werden. Das Erfolgsgeheimnis des Niedersächsischen Weges sind Verhandlungen auf Augenhöhe. Alle Beteiligten sind sich als PartnerInnen begegnet und haben für die



Das gesamte Plenum steht zur Abstimmung über den Niedersächsischen Weg: Einstimmig angenommen! jeweiligen Interessen und Belange Verständnis gezeigt. Damit ist uns eine Herkulesaufgabe gelungen! Mein herzlicher Dank gilt deshalb allen Partnerinnen und Partnern, besonders aber Umweltminister Olaf Lies und Landwirtschaftsministerin Barbara Otte-Kinast für ihr außerordentliches Engagement!



Der Vorsitzende des Landvolks Wesermarsch zu Besuch im Septemberplenarium bei der Einbringung des Niedersächsischen Weges.

Hier haben Politik, Landwirtschaft und Naturschützer gemeinschaftlich und auf Augenhöhe, hart miteinander verhandelt und eine Strategie entwickelt, die den Arten- und Natur- und Klimaschutz stärkt, die aber gleichzeitig eine Wertschöpfung für die Maßnahmen leistet, die die Landwirtschaft für die schonende Bewirtschaftung erbringt.



Im September haben wir den „Niedersächsischen Weg“ eingebracht, einer der Meilensteine auf dem Weg zur Abstimmung diesen Monat.



In den Prozess des Niedersächsischen Weges habe ich mich mit maximalem, auch persönlichem, Engagement eingebracht und ich werde das auch weiterhin tun. Es ist absolut richtig, nicht übereinander sondern miteinander zu reden. Noch besser ist es, wenn es aus solchen Gesprächen dann auch zu konkreten Abstimmungen kommt.



Bei der Entscheidung der Regierungsfractionen, den Niedersächsischen Weg als Fraktionsgesetz einzubringen.

Dieser Weg wird nicht leicht. Dieser Weg ist ein Kompromiss für die Landwirtinnen und Landwirte. Denn an ihnen liegt es, die Umstellung und die Umsetzung zu gestalten. Trotzdem sind sie sicher, dass der „Niedersächsische Weg“ als Verständigung wichtig und sinnvoll ist.



Das unterstreicht auch noch einmal der Kreislandvolkswirtschaftliche der Wesermarsch Karsten Padeken. Er sagt: Die Grünlandregion ist vom „Niedersächsischen Weg“ besonders gefordert. Wir bringen uns trotzdem konstruktiv ein und

stehen zum Niedersächsischen Weg“ - so Padeken. Und weiter: „Die Arbeit an den Verordnungen und Maßnahmen geht natürlich weiter. Es wird Einschnitte geben, zum Beispiel bei den Gewässerrandstreifen oder beim Grünlandumbruchverbot. Aber es wird auch entschädigt für das, was durch die Vereinbarungen und Verordnungen in der Landwirtschaft als direkte Wertschöpfung verlorengeht.“



Zur Feier der Abstimmung verteilte der NABU Äpfel an die Mitglieder von Regierung und Landtag. (Fotos: SPD NDS)

Impressum:

Angaben gemäß § 5 TMG und verantwortlich für den Inhalt nach § 55 Abs. 2 RStV:

Karin Logemann, MdL
Hiddigwarder Straße 24
27804 Berne
Mail: kontakt@karin-logemann.info
Tel: 04406 97 23 98

Internet: karin-logemann.info